

KGW's Rundschreiben

Deutschland, Europa und die Welt

Es war um 1780, die politische und finanzielle Lage im Königreich Frankreich war angespannt und König Ludwig XVI heillos überfordert. Die mit enormem Popularitätsverlust kämpfende Landesmutter Marie Antoinette¹ schaltete sich ein. Doch es fehlte ihr an politischem Instinkt. Unerfahren und naiv verschlimmerte sie mit ihrem Eingreifen die Lage. Wahrscheinlich hat sie es nie gesagt, aber ihr werden die Worte in den Mund gelegt: „Wenn sie kein Brot haben, dann sollen sie doch Kuchen essen“. Nicht viel anders unsere Ampel. Bezüglich der Maut kam der Spruch: „Wenn ihr den **Maut-Zuschlag** ab dem nächsten Monat nicht bezahlen wollt, dann schafft euch doch Elektro-Trucks an².“ Bundesminister Wissing lobt sich als Klimaretter und unterstützt die Verlagerung des Gütertransports auf die Schiene und die Wasserstraßen. Wenn er uns verrät, wie wir so unseren Kunden Edelstahlmaterial liefern können, würden wir ihm das hoch anrechnen. Ihm ist wahrscheinlich nicht klar, dass es kaum Lieferanten für E-Trucks gibt; diejenigen, die diese liefern, nehmen 150.000 – 200.000 € pro Stück mehr gegenüber einem vergleichbaren Diesel-LKW. Der Bund hatte 2021 mit seinem Konzessionär Tank & Rast eine Vereinbarung getroffen, Ladesäulen an Autobahnraststätten zu errichten. Das OLG Düsseldorf kippte den Deal, weil keine Ausschreibung vorausgegangen war. Inzwischen liegt das Verfahren beim EuGH (Europäischer Gerichtshof), der sich sicherlich mit dem Urteil viel Zeit lässt. Die Nutzungsgebühr auf Autobahnen und Bundesstraßen steigt für die meisten LKWs im nächsten Monat um ca. 80%. Viele rutschen in eine höhere Gebührenklasse. Ab Mitte 2024 kommen Lieferwagen zwischen 3,5 und 7,5 to ebenfalls unter die Mautpflicht. Im nächsten Jahr verteuert sich der Liter Diesel um ca. 11 Cent. Grund ist der dann gültige CO₂-Aufschlag. Aber welch ein Glück (Ironie): Aus heutiger Sicht ist das alles bis Ende 2025 befristet. Das Institut der Deutschen Wirtschaft hat errechnet, dass die Gebühr Vater Staat jährlich um 7,6 Mrd. € reicher macht. Es versteht sich von selbst, dass der Verbraucher das berappen muss!

Grüne Transformation ist besonders in Deutschland das Schlagwort, wobei die Zukunft ausschließlich grasgrün zu sein hat. Unsere Politiker allerdings tapen im Nebel der Grauzonen, geben eine Marschrichtung vor, die lediglich auf dem Papier steht und das Ziel kaum zu erreichen ist. Ohne Zweifel muss der **Klimawandel** bekämpft werden, aber wenig durchdachte Trendvorgaben werden den Weg bis zum ersten Ziel 2030 nur holpriger machen. Von der **Windkraft** verspricht man sich viel, aber was nützt es, wenn der Wind nicht ausreichend bläst. Vattenfall stoppte soeben ein Megaprojekt in der Nordsee. Während China bis 2025 seine Windkraftanlagen fast verdoppelt, stehen wir in Deutschland vor politischen Hürden und Blockaden. Was macht Minister Habeck? Er beruft einen „Windgipfel“ ein, um mit der Branche zu beraten. Unser „Problemkanzler“, der oftmals mit beiden Beinen auf dem Schlauch steht, sieht die Windenergie vor einem beispiellosen Boom. Keiner der Anbieter am Windkraftmarkt verdient derzeit Geld. Die Windkrafttochter Siemens Gamesa schrieb bis Ende September dieses Jahres einen Rekordverlust von 4,5 Mrd. €. Bekanntlich waren große Unternehmen noch nie verlegen, in einer solchen Situation nach dem Staat

¹ 02.11.1755 – 16.10.1793

² Um den LKW-Verkehr CO₂-neutral zu machen, würde das gut 800.000 Fahrzeuge betreffen. Z.Zt. fahren aber nur 475 auf Deutschlands Straßen.

zu rufen. Banken und Bund sind sich einig, aber der Konzern selbst sperrt sich (noch) mit einer eigenen Beteiligung. Die deutsche Offshore-Windkraft soll innerhalb der nächsten 7 Jahre von heute 8,4 auf 30 Gigawatt wachsen. Die EU-Kommission plant bis 2030 ebenfalls eine Verdopplung auf 510 Gigawatt. Die Zielvorgaben der Bundesregierung stehen auf dem Papier, sind aber von der Realität weit entfernt. Klimaminister Habeck will erneuerbare Energien „entfesseln“ und kleidet die Maßnahmen in Gesetze. In den Auftragsbüchern der Hersteller haben sie sich bisher nicht ausreichend niedergeschlagen. In Deutschland vergehen zwischen dem Einreichen der Unterlagen und der Genehmigung eines Windrades durchschnittlich 25 Monate. Die Branche kämpft mit weiteren Problemen, die ihre Finanzen belasten: Rohstoffpreise, die kräftig gestiegen sind. Lieferkette: Sollte sich der Konflikt zwischen dem Westen und China verschärfen, wird China die Ausfuhr von Rohstoffen beschränken oder einstellen. Logistik: Gestiegene Verschiffungskosten oder der Transport von Anlagen zu ihren Bauplätzen wird über marode Straßen und Brücken erschwert. Ausschreibungsdesign: Beim Bau eines Windparks entscheidet auf den europäischen Märkten der Strompreis. Der ist in Deutschland mehr als doppelt so hoch wie in China oder den USA. Auch wenn für Industriestrom in den nächsten 5 Jahren Entlastungen in Höhe von 28 Mrd. € angesagt sind, wird das den Abwärtstrend nur geringfügig stoppen. Unternehmen werden langfristig nicht investieren, weil die Planungssicherheiten zeitlich begrenzt sind. Auch für 2024 rechnet man im Windkraftgeschäft mit Verlusten. Aufgrund der Probleme werden die ehrgeizigen Klimaziele wohl kaum erreicht werden.

Mit über 85% sind Öl, Gas und Kohle die wichtigsten Energieträger der Welt. Sie sind auch künftig weiter gefragt und deshalb wird weltweit kräftig in den einzelnen Branchen investiert. Der Verbrauch an fossilen Brennstoffen war 2022 weltweit höher als je zuvor. Deutschland lässt im Ausland mit Fracking-Fluiden bohren und kauft Atomstrom aus anderen Ländern zu. Zugekauft wird auch Solarstrom, weil vor gut 10 Jahren die deutsche Solarindustrie mit Unterstützung der Politik dem Erdboden gleichgemacht wurde. Deutschland stellt gut 1% der Weltbevölkerung und seine politische Führungsriege träumt von der „globalen Energiewende“. Seinerzeit hat China die Situation erkannt, die Initiative ergriffen und ist heute mit Abstand Marktführer am Weltmarkt. In Deutschland will man sich wieder mühsam hochrappeln, steht aber gegen die chinesische Übermacht schon heute kräftig unter Druck. Es wird zwar verstärkt **Photovoltaik** verbaut, aber die von der Regierung bis 2030 vorgegebenen Ziele werden nicht erreicht. Der technische Fortschritt in China und die Produktionskapazitäten haben in diesem Jahr die Preise um bis zu 40% purzeln lassen. Der Dachverband SolarPower Europe wies auf fehlende Arbeitskräfte in der Branche hin und dieses Problem wird sich in mehreren 100.000 fehlenden Stellen bis 2027 noch verstärken. Kürzlich wurde auf dem „Solargipfel“ in Berlin beraten. Man ist konträr zu der Meinung der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die „Strafzölle“ auf chinesische Solarpaneele erheben will³. Alternativ will man die heimische Solarindustrie mit staatlichen Mitteln unterstützen. Vorausgesetzt, die heimische Produktion bleibt größtenteils in Deutschland oder wird in die EU verkauft. Die fehlenden Arbeitskräfte sollen im Ausland angeworben werden. Die Wartezeit, bis die Anlage auf dem Dach steht, beträgt mindestens 6 Monate; vorausgesetzt, man hat einen Handwerker für die Installation.

Griechenland erzeugt schon heute an manchen Tagen mehr Ökostrom, als es selbst verbraucht. Man will 200 Mrd. € in die Nutzung erneuerbarer Energiequellen investieren. Da Griechenland Knotenpunkt sein möchte, will man aus dem Nahen Osten und Afrika Europa (besonders

³ Erst vor 5 Jahren hat die EU-Kommission Strafzahlungen auf Solarmodule aus China in die EU aufgehoben.

Deutschland) mit klimaneutral erzeugtem Strom versorgen. Es gibt bereits ein 400 km langes Gleichstromkabel (Kapazität 2 GW) von der ägyptischen Hafenstadt Marsa Matruh bis zur griechischen Insel Kreta. Gemäß dem Projekt „Green Aegean“ soll eine 1.300 km lange 500-kV-Stromleitung von Griechenland über den westlichen Balkan nach Süddeutschland führen. Man wird schlussendlich den Weg wählen, der geopolitisch am stabilsten ist. Ohne EU-Gelder wird man das Vorhaben nicht umsetzen können. Fachleute kalkulieren, dass von der Planung bis zur Fertigstellung ca. 10 Jahre vergehen. Dann aber könnten ca. 36 Mio. Haushalte versorgt werden.

Die Wirtschaft soll grün werden und der Schlüssel dafür ist grüner **Wasserstoff**. Elektrolyse-Anlagen spalten mithilfe von erneuerbarem Strom Wasser in seine Bestandteile Wasserstoff und Sauerstoff auf. Dieser Vorgang ist CO₂-neutral, da nur erneuerbare Energien für den Prozess benötigt werden. Man erhält eine hohe H₂-Reinheit. Bisher fehlen flächendeckende Elektrolysen, die sehr viel Strom benötigen. 2020 wurde die „Nationale Wasserstoffstrategie“ beschlossen und im Juli 2023 legte man neue Ziele fest. Bis spätestens 2028 soll ein deutsches Wasserstoffnetz von mehr als 1.800 km Leitungen entstehen, bis 2032 11.200 km. Nicht jede Leitung muss neu gebaut werden; man kann (mit Veränderungen) bestehende Erdgasleitungen verwenden. Auf jeden Fall gilt Wasserstoff als ein Schlüssel für grünen Wandel in der Wirtschaft. Aber zurzeit fehlt noch die Infrastruktur zur Verteilung bzw. der nötige Wasserstoff.

So soll das Wasserstoffnetz aussehen

Vorstellung der Gasnetzbetreiber: Entwurf für ein Wasserstoffnetz (Kernnetz) bis zum Jahr 2032

- Umstellungsleitung
- - - Neubauleitung
- · - · - Beispiel für Transportalternativen



Finanzierungskonzepte zu Investitionen sind zwischen den politischen Parteien und Netzbetreibern in der Diskussion. Die Ampel wird ungeduldig und drängt auf Einigungen. NRW bemüht sich, das Silicon Valley der Wasserstofftechnologie zu werden. Im Projektbüro „Hydrogen Metropole Ruhr“ möchte man alle H₂-Aktivitäten bündeln und vermarkten. Laut dem Geschäftsführer der norwegischen Firma Höegh LNG will man ab 2028 Deutschland schwimmende Terminals anbieten, mit denen Wasserstoff importiert werden kann. Höegh verfügt über 10 LNG-Terminals (FSRU = Floating Storage and Regasification Units), weltweit gibt es 50, die im Einsatz sind. Von Deutschland werden bisher geleast: „Esperanza“ (Einsatz Wilhelmshaven), „Gannet“ (Einsatz Brunsbüttel) und für Lubmin ist die „Neptune“ geplant. Auf dem Planungspapier hat Deutschland bis 2030 10 Gigawatt stehen und bis 2045 will man die Treibhausgasneutralität erreichen. Es wäre nicht Deutschland, gäbe es nicht bereits einen NWR (Nationaler Wasserstoffrat⁴), der zunächst aus 26 hochrangigen Persönlichkeiten aus unterschiedlichen Branchen besteht.

Es war ein bisher einmaliger Vorgang, dass ein Haushalt vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt wurde. Der **Trick, 60 Mrd. €** aus ungenutzten Corona-Krediten in den Klimafond umzuverlagern, ist aufgefliegen. Jetzt steht die Ampel vor dem Scherbenhaufen ihrer dilettantischen Arbeit und es hat Olaf Scholz zum zweiten Mal fachmännisch erklärt (beim ersten Mal war es der Rückschlag beim Heizungsgesetz), was ein „Doppel-Wumms“ ist. Jetzt muss die Chaoten-Regierung befürchten, dass der WSF (Wirtschaftsstabilisierungsfonds) und der Etat 2023 ebenfalls verfassungswidrig sind. Dieses 60-Mrd.-€-Loch wird aber noch größer, weil der Krisenfonds WSF zum Jahresende geschlossen werden muss. Das bedeutet, weitere 20 Mrd. € (ursprünglich umfasste er 200 Mrd. €). Wenn jetzt die Schuldenbremse⁵ ausgesetzt wird, gibt es vermutlich weitere Klagen. Christian Lindners Reaktion: Haushaltssperre für den KTF (Klima- und Transformationsfonds). Insgesamt stehen nach dem Karlsruher Urteil schuldenfinanzierte Ausgaben von über 100 Mrd. € als verfassungswidrig zur Disposition. Das bedeutet, keine Förderzusagen ab 2024. Steuererhöhungen hat er in einer Rede vor dem Bundestag bereits ausgeschlossen.

Das ehemals blühende Deutschland schrumpft und wird sich gemäß einer Studie der Beratungsgesellschaft Deloitte auch im nächsten Jahr nicht positiv verändern. Von 100 befragten Firmen mit einem Jahresumsatz von 50 Mio. € und mehr sprechen sich ca. 60% für eine Standortveränderung aus. Das Vertrauen in den Standort, was wesentlich mit der Ampel-Politik zu tun hat, ist erschüttert. Der Energieschock infolge der russischen Invasion in der Ukraine hat aber nicht nur uns Deutsche getroffen. Das Geschehen am Kriegsplatz Israel kommt erschwerend hinzu. Die Wirtschaft der EU-Staaten ist stark von der Industrie geprägt und weder in Deutschland noch in Italien ist eine Erholung zu erkennen. Viele Probleme bei uns sind hausgemacht und unsere politische Führung erkennt offensichtlich nicht, dass wir in der Rezession gelandet sind und wirtschaftspolitisch auf der Stelle treten. Mit den höchsten Steuereinnahmen in Deutschland kann unser Sozialstaat funktionieren. Wenn aber die Ausgaben in Relation zu den Einnahmen erheblich höher sind, müssen wir um unseren Wohlstand von morgen bangen. Mit den Rahmenbedingungen (falls es welche gibt) sind über 80% der deutschen Unternehmen unzufrieden. Olaf Scholz hat sich zum schwächsten Kanzler der Bundesrepublik entwickelt, redet alles schön und scheint

⁴ www.wasserstoffrat.de; www.bmwk.de/Redaktion/DE/Wasserstoff/Downloads/Fortschreibung.html

⁵ Seit 2009 steht die Schuldenbremse im Grundgesetz. Die maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme ist demnach auf 0,35% des Bruttoinlandsprodukts begrenzt. Nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit ist eine Änderung oder Abschaffung im Bundestag möglich.

beratungsresistent zu sein. Bestimmt hat er Wirtschaftswissenschaftler um sich, die ihm einen wachstums- und investitionsfreundlichen „Fahrplan“ vorlegen könnten, nach dem es in Deutschland wieder aufwärts geht. Fangen wir bei der Bürokratie an, die uns lähmt. Auf dem Deutschen Arbeitgebertag sagte Olaf Scholz: „Wir haben es übertrieben“ und Besserung gelobt. Der Bayer sagt: Schau'n mer mal! Inzwischen hat die Ampel einen Bericht vorgelegt und 140 Ideen genannt, wie man **Bürokratie** abbauen könnte. Der reicht von digitaler KFZ-Zulassung bis Digitalisierung in der Migrationsverwaltung. Im Koalitionsvertrag hatte man das bereits versprochen, aber im „Deutschlandtempo“ umgesetzt. Aus Wissenschaft und Wirtschaft kommt Kritik. Überbordende Bürokratie in Deutschland wird als erheblicher Standortnachteil genannt.

Seit dem 01.01.2023 ist in Deutschland das **Lieferkettensorgfaltsgesetz** in Kraft. Das EU-Parlament hat am 01.06.2023 dem Richtlinienentwurf zugestimmt und wird die Vorschriften noch verschärfen. Die Botschaft ist eindeutig: Menschenrechte, Klima und Umwelt. Zunächst gilt es für Unternehmen ab 3.000 Beschäftigten, ab 2024 für Unternehmen ab 1.000 Mitarbeitern. Auf die Firmen, die es betrifft, kommt eine Mammutbelastung an Bürokratie und Kosten zu. Aus Angst vor Strafen wenden sich bereits deutsche Unternehmen von ihren bisherigen Lieferanten ab, was die Wettbewerbsfähigkeit schwächt⁶. Ob das für die betroffenen Unternehmen ein Segen ist, sei dahingestellt. Bisher haben sich über 220 Mitgliedsorganisationen etabliert, die auf Spruchbändern werben: „Nur ein starkes EU-Lieferkettengesetz ist ein Gewinn für alle!“. In jüngster Zeit werden wir von unseren Kunden gefragt, ob in dem Material, was wir liefern, Nickel aus Russland ist. Klare Antwort: Wir haben keinen Kontakt zu russischen Nickel-Lieferanten.

Kein Land in Europa lässt der arbeitenden Bevölkerung so wenig netto übrig, wie Deutschland. Arbeit muss sich lohnen und ein einfacheres **Steuerrecht** sollte dafür sorgen. Deutschland ist kein **Migrationsland** hat schon Ex-Kanzler Helmut Schmidt gesagt. Bisher wurde aber versäumt, die Migration zu ordnen. Wir brauchen dringend arbeitende Fachkräfte und keine arbeitsunwilligen Einwanderer. Wenn unser Sozialsystem die allerdings zulässt, wäre es dringend Zeit, die „Willkommenskultur“ zu verändern. Wenn ca. 50.000 Jugendliche jedes Jahr ohne Abschluss die Schule verlassen, stimmt mit unserem **Bildungssystem** etwas nicht. Gute Ausbildung ist das Kapital von morgen. Fairness zwischen den Generationen sollte gewahrt werden. Wer länger arbeiten kann, dem sollte das freigestellt sein. Eine starre **Rente mit 70** ist kaum durchsetzbar. Aufgrund des Arbeitskräftemangels sollte die **4-Tage-Woche** bei vollem Lohnausgleich im Augenblick kein Thema sein. Wir müssen härter arbeiten, um unseren Wohlstand zu sichern. Laut unserem Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) wird jeder Job mit **KI (Künstliche Intelligenz)** zu tun haben. Verdi-Chef Frank Werneke ist davon überzeugt, dass dank dieser Technologie Menschen künftig weniger arbeiten und das bei vollem Lohnausgleich. Es scheint, dass Leute über KI reden, aber ihre eigene Verblödung nicht im Griff haben. Wir werden künftig kaum weniger arbeiten, aber anders. Die KI-Verordnung („AIAct“) wird derzeit im Europa-Parlament verhandelt. Die G7-Staaten haben sich auf 11 Gebote geeinigt. Der Entwurf hat den Titel: „Internationale Leitprinzipien für Organisationen, die fortgeschrittene KI-Systeme entwickeln“. Wenn wir menschliches Lernen und Denken auf den Computer übertragen können, ist der Versuch KI geglückt.

⁶ Ob das für die betroffenen Unternehmen ein Segen ist, sei dahingestellt. Bisher haben sich über 220 Mitgliedsorganisationen etabliert, die auf Spruchbändern werben: Nur ein starkes EU-Lieferkettengesetz ist ein Gewinn für alle!

Stahl-, Edelstahl- und Rohstoffmärkte

Die nachfolgende Tabelle zeigt den **Nickel**-Preisverfall ab Anfang dieses Jahres. Ein weiterer Preisrückgang ist wahrscheinlich. Beim **Molybdän**-Preis sieht es ähnlich aus. Der ist von Anfang Januar 2023 bis heute um ca. 16% gefallen. Eine Erklärung ist relativ einfach: Es kommen keine Impulse vom Markt. Der Markt gehört wieder dem Einkauf von Edelstahl und der ist sehr verhalten. Das wird in den nächsten Wochen so bleiben. Wenn man der International Nickel Study Group glauben darf, wird es in diesem und auch im nächsten Jahr einen erheblichen Nickelüberschuss geben. Der drückt natürlich auch den Preis. Anders gesagt: Der Legierungszuschlag wird auch weiter fallen. **Ferro**-Chrom hat sich im 4. Quartal dieses Jahres kaum verändert und so wird es auch im 1. Quartal 2024 bleiben. In Europa suchen alle Werke Aufträge und lagerführende Händler in Deutschland verkaufen zu „jedem Preis“, Hauptsache die Liquidität stimmt.

Fazit: Wenn man Bodenhaftung hat – und so ist es im Augenblick – wird es wieder aufwärtsgehen. Die Frage ist nur wann. Wer Geld übrig hat, sollte jetzt kaufen, denn billiger wird es wahrscheinlich kaum.

Währungen und Nickelpreise im Vergleich

Datum	Devisenkurs	Kassapreis	3 Monats-Preis	Nickel-Bestand / to	dt. Kassapreis
	€ / US-\$	Nickel (LME)	Nickel (LME)	LME	Nickel €/100 kg
02.01.2020	1,1213	14.075	14.165	153.318	1.258
04.01.2021	1,2296	17.344	17.403	247.980	1.410
04.01.2022	1.1370	20.730	20.610	101.256	1.839
03.01.2023	1.0664	31.200	31.350	55.380	2.961
01.02.2023	1.0857	30.060	30.350	49.086	2.760
01.03.2023	1.0613	25.025	25.225	44.094	2.342
03.04.2023	1.0839	23.560	23.890	43.058	2.166
02.05.2023	1.1003	24.235	24.295	40.016	2.210
01.06.2023	1.0661	20.850	20.950	37.686	1.948
03.07.2023	1.0909	20.160	20.450	38.508	1.850
01.08.2023	1.1026	22.355	22.700	37.512	2.037
01.09.2023	1.0849	20.475	20.700	37.170	1.890
02.10.2023	1.0573	18.510	18.875	42.204	1.758
01.11.2023	1.0569	17.750	18.075	44.784	1.684
22.11.2023	1.0864	16.430	16.700	44.592	1.506

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2022		2022		2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	02/22	1.067	06/22	1.358	984	994	1.000	1.044	1.055	1.044	1.056	974	930	973	998	986
4301	01/22	2.450	05/22	3.844	2.918	2.989	2.903	2.645	2.526	2.506	2.382	2.209	2.191	2.200	2.144	2.055
4404	01/22	3.690	05/22	5.559	4.673	5.083	5.472	5.040	4.207	4.052	3.881	3.660	3.721	3.756	3.612	3.373
4509	01/22	1.280	06/22	1.566	1.189	1.199	1.205	1.263	1.289	1.286	1.297	1.212	1.168	1.211	1.246	1.235
4521	09/22	1.944	06/22	2.343	2.150	2.449	2.916	2.904	2.315	2.190	2.200	2.099	2.119	2.191	2.166	2.043
4539	01/22	6.590	05/22	10.243	8.729	9.546	10.313	9.370	7.681	7.380	7.013	6.634	6.800	6.835	6.515	6.038
4571	01/22	3.750	05/22	5.696	4.754	5.164	5.550	5.109	4.270	4.113	3.937	3.709	3.770	3.803	3.657	3.415

Legierungszuschläge für Präzisionsband

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2022		2022		2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023
	Monat	€/to	Monat	€/to												
4016	02/22	1.280	06/22	1.630	1.181	1.193	1.200	1.253	1.266	1.253	1.267	1.169	1.116	1.168	1.198	1.183
4301	01/22	2.940	05/22	4.614	3.502	3.587	3.484	3.174	3.031	3.007	2.858	2.651	2.629	2.640	2.573	2.466
4310	01/22	2.770	05/22	4.295	3.251	3.328	3.235	2.964	2.826	2.815	2.683	2.488	2.461	2.476	2.418	2.322
4404	01/22	4.430	05/22	6.671	5.608	6.100	6.566	6.048	5.048	4.862	4.657	4.392	4.465	4.507	4.334	4.048

Edelstahlschrott

W-Nr.	Tiefste		Höchste		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2022		2022		2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to											
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	07/22	380	04/22	800	430	430	430	425	440	420	420	435	435	420	420	
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	07/22	1.050	04/22	2.450	1.500	1.510	1.450	1.400	1.310	1.120	1.200	1.260	1.350	1.330	1.280	
Cr-Ni-Mo- Stähle (V4A*) z.B. 4404/4571	07/22	1.570	04/22	3.300	2.500	2.680	2.650	2.450	2.220	2.150	2.080	2.250	2.400	2.330	2.220	

*) Markenname Outokumpu Nirosta